

# Wahlsonntag: Ein Schrei nach Politik- und Regierungswechsel

Von Peter Helmes

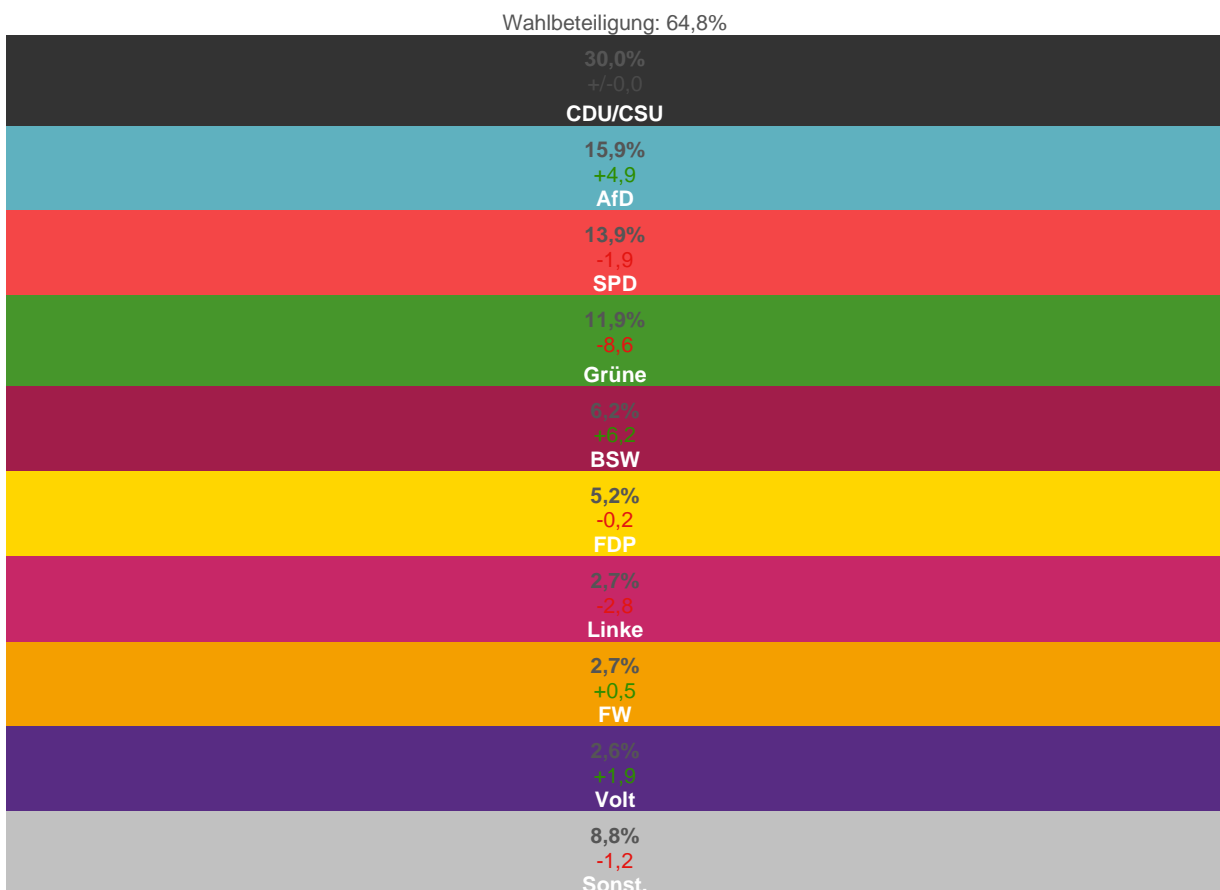
## Europa rückt zur rechten Mitte

Das war ein guter Tag für die Union! Kanzler Scholz und seine SPD haben eine schwere Niederlage erlitten, der Kanzler steht nackt im politischen Raum. Mehr noch: Die CDU erhielt bei der Europawahl am 9.6.24 ungefähr so viele Stimmen wie die drei Ampelparteien zusammen. Deshalb hofft die Partei auf einen Regierungswechsel; denn Scholz kann so nicht weitermachen, eigentlich müsste er im Bundestag die Vertrauensfrage stellen.

Auch die AfD hat trotz eines desaströsen Wahlkampfes deutliche Gewinne erzielt, die Ampel-Parteien und die Linke verlieren. Zusammengefaßt: EU-weit wird ein Rechtsruck erkennbar.

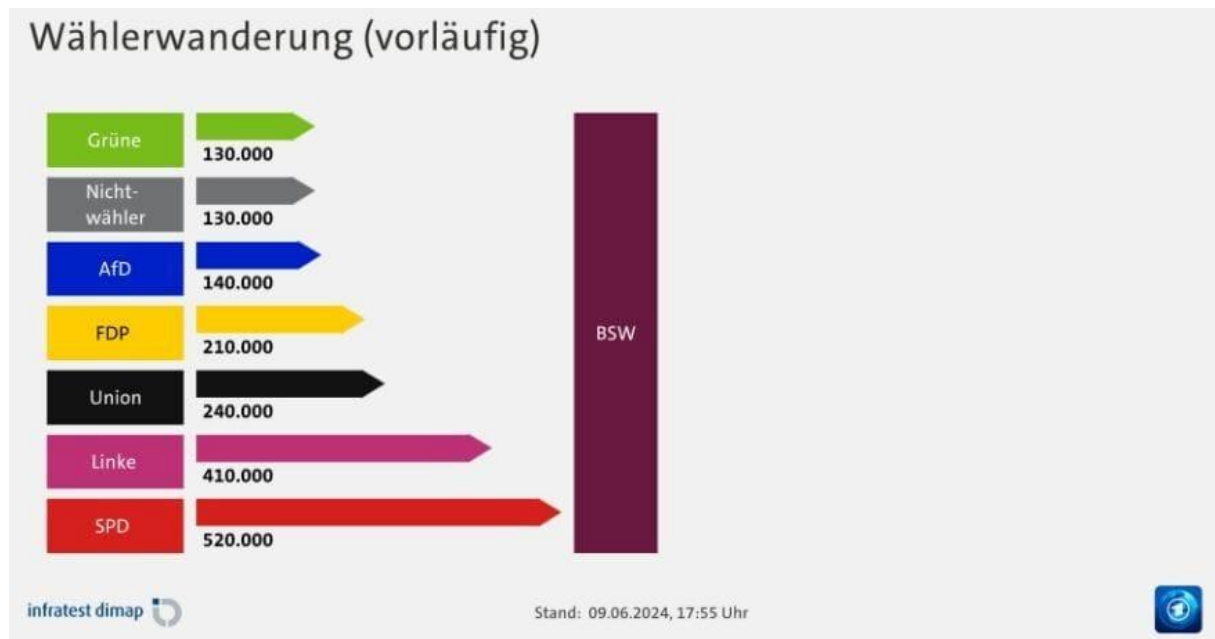
Bei der zehnten Europawahl seit 1979 waren rund 360 Millionen Wahlberechtigte von Finnland bis Malta, von Portugal bis Rumänien zur Stimmabgabe aufgerufen. In Deutschland konnten rund 65 Millionen Bürger – erstmals ab 16 Jahren – wählen. CDU/CSU belegten Platz 1 und erhielten alleine mehr Stimmen als die drei Ampel-Parteien zusammengenommen. Die AfD folgt auf Platz zwei, liegt also vor der SPD. Die größten Verluste verzeichnen die Grünen. Bei der letzten Europawahl 2019 kamen sie noch auf 20,5 Prozent. Auch die Linke fuhr ein Minus ein. Die FDP verlor ebenfalls. Während die Linke am Boden liegt, zog das Bündnis Sahra Wagenknecht aus dem Stand an ihr vorbei.

## STIMMENANTEILE - DEUTSCHLAND



## Größte Wahlverlierer: Die Grünen und die SPD

Laut Hochrechnung müssen alle drei Ampel-Parteien mit Verlusten rechnen, was die künftige Regierungsarbeit wohl nicht einfacher machen dürfte. Die Grünen sind die Verlierer dieser Wahl. Im Vergleich zur letzten Europawahl fuhren sie deutliche Verluste ein. Die Kanzlerpartei SPD liegt laut Hochrechnung nur auf Platz drei. Sollte es für die SPD bei den Landtagswahlen in den „neuen“ Bundesländern auch bergab gehen, dürfte die Debatte um einen Kanzlersturz befeuert werden. Zumindest stellt sich mit zunehmender Intensität die Frage, ob Olaf Scholz noch der richtige Kanzlerkandidat für die nächste Bundestagswahl ist.



Das Problem liegt darin, daß Scholz nicht weiß, was er wollen soll. Zeitenwende-Kanzler und Friedens-Kanzler geht eben nicht zusammen. Sozialstaatsausbau-Kanzler und Bundeswehraufbau-Kanzler auch nicht. Er will so vieles auf einmal sein, aber nichts davon richtig. Er ist gut im Ignorieren von öffentlichen Empörungswellen und schlecht darin, Prioritäten nicht nur zu setzen, sondern auch daran festzuhalten. Er ist – wie seine Partei auch – mit seinen Aufgaben und Zielen überfordert. Die Ergebnisse sowohl bei der Europawahl als auch in den Bundesländern sprechen eine deutliche Sprache: Ein Politik- und Personenwechsel ist dringend nötig.

## Zur Europawahl insgesamt:

### Rechte Parteien gestärkt, aber nicht geeint

Lange bestand im EU-Parlament eine „progressive Mehrheit“, also deutlicher gesagt: eine „linke Mitte“ herrschte. Doch diese wurde bei der jetzt erfolgten Wahl zerbröckelt. Liberale und grüne Parteien mußten starke Verluste hinnehmen. Die extreme Rechte gewann hinzu, zerfällt aber in drei Blöcke.

Die Idee einer vereinten, großen Fraktion auf der rechten Seite wurde auch vor dieser Wahl immer wieder neu beschworen sowie Pläne für eine Umgestaltung der gesamten EU von den Rechtspopulisten geschmiedet, aber sie erweisen sich wohl auch dieses Mal als Illusion, als Wunschtraum – jedenfalls solange die rechten Parteien sich nicht auf einen gemeinsamen Weg einigen können.

**Im Wesentlichen gibt es im rechten Spektrum zwei Blöcke, die eigentliche Trennlinie zwischen den beiden Fraktionen auf dem rechten Flügel des Europaparlaments bildet eine außenpolitische Positionierung: pro Moskau oder pro Washington?**

In der Fraktion „Europäische Konservative und Reformer“ (EKR) haben sich die rechten Parteien mit einer transatlantischen Orientierung zusammengefunden. Sie unterstützt die Kooperation der EU mit der NATO und sieht Rußland als Antagonisten westlicher Werte. In der Fraktion „Identität und Demokratie“ (ID) sind die Putin-Freunde vertreten, die sich für eine Annäherung der EU nicht nur an Moskau, sondern auch an China aussprechen.

**Abgesehen von diesem trennenden Merkmal teilen ID und EKR jedoch viele Positionen.** Sie plädieren für rabiante Maßnahmen zur Beendigung jeglicher Migration, wollen den Kampf gegen den Klimawandel ausbremsen oder leugnen ihn gar. Sie wollen die europäische Integration rückabwickeln und Zuständigkeiten auf die Mitgliedsstaaten zurückübertragen. Ihr Ziel ist ein „Europa souveräner Nationen“.

Allerdings werden solche Forderungen in beiden Fraktionen mit unterschiedlicher Radikalität vertreten. In der ID-Fraktion sind rassistische, extrem nationalistische, islamophobe und antisemitische Positionen vertreten. In der EKR finden sich teilweise ähnliche Positionen, etwa vertreten durch die französische Partei Reconquête oder die polnische PiS, aber auch gemäßigt nationalistische Parteien wie die flämische N-VA.

Ein weiterer Grund für die Existenz zweier rechter Fraktionen sind nationale Unverträglichkeiten zwischen bestimmten Parteien. Zum Beispiel konkurrieren in Flandern der Vlaams Belang und die N-VA um dasselbe Wählerreservoir, genauso wie in Frankreich Reconquête und Rassemblement National, oder in Italien die Lega und die Fratelli d'Italia. Wegen dieser Konkurrenz auf nationaler Ebene gehören sie im Straßburger Parlament unterschiedlichen Fraktionen an.

Die EKR wurde 2014 gegründet, als die EU-Skeptiker unter den britischen Tories, die kurz drauf das Brexit-Referendum anzettelten, die Oberhand gewannen und sich aus der Fraktionsgemeinschaft mit der christdemokratischen EVP lösten. Die ID-Fraktion hingegen wurde erst 2019 gebildet, als die italienische Lega und die AfD in das Europaparlament einzogen und eine neue Fraktion am rechten Rand des Europaparlaments ins Leben rufen wollten.

### **Reizthema Maximilian Krah – Bruch mit AfD**

Die Fraktion zwischen dem französischen Rassemblement National (RN) und der AfD hatte einen jahrelangen Vorlauf. AfD-Spitzenkandidat Maximilian Krah war zum ersten Mal ins Visier Marine Le Pens geraten, als er einen Mitarbeiter im Europaparlament anheuerte, der zuvor vom RN wegen antisemitischer Ausfälle gefeuert worden war. Krah gab an, er habe von diesen Vorwürfen nichts gewußt.

Dann folgte der Eklat mit der Potsdamer „Remigration“-Konferenz, deren Radikalität Marine Le Pen nicht ins Konzept paßte. Als dann die AfD-Bundestagsfraktion sich im April 2024 dafür aussprach, daß ein französisches Überseegebiet, die Insel Mayotte, in die Unabhängigkeit entlassen werden sollte, waren die französischen Nationalisten ein weiteres Mal verschnupft.

**Der Verdacht, Maximilian Krah könnte von Moskau und China Geld kassiert haben, sowie relativierende Äußerungen zur Waffen-SS brachten das Faß zum Überlaufen. Es**

**sei Zeit für den Bruch, sagte Le Pen im französischen Fernsehen. Als sich Matteo Salvini dieser Auffassung anschloß, war das Schicksal der AfD besiegelt. Keine 24 Stunden später wurden ihre neun Abgeordneten aus der ID-Fraktion ausgeschlossen.**

In Deutschland haben laut den vorläufigen Ergebnissen der Bundeswahlleiterin am Sonntag dennoch 15,9 Prozent der Wählerinnen und Wähler ihre Stimme der AfD gegeben. Im Vergleich zur vergangenen EU-Wahl 2019 gewann die Partei sogar noch 4,9 Prozentpunkte dazu.

Die tiefere Ursache für den Rauswurf der AfD aus der ID-Fraktion ist die Erkenntnis vieler Rechtsextremer und Rechtspopulisten, daß ihre Radikalität einem Griff nach der Macht im Wege steht. Giorgia Meloni konnte sich erst an die Spitze der italienischen Regierung setzen, als sie sich zumindest verbal mäßigte und ihre radikalsten Forderungen abmilderte. Kaum im Amt, erwies sie sich auf europäischer Ebene als konstruktive Politikerin.

Auch Marine Le Pen hat einen Weg der Mäßigung hinter sich, nachdem sie erfolglos bei drei französischen Präsidentschaftswahlen angetreten ist. 2027, im vierten Anlauf, will sie es in den Élysée-Palast schaffen. Dafür hat sie zum Beispiel ihren eindeutig antisemitischen Vater, den Parteigründer Jean-Marie Le Pen, aus der Partei geworfen und den Austritt aus der EU und dem Euro aus dem Programm gestrichen.

Das Bündnis mit einer sich immer schneller radikalisierenden AfD im Europaparlament konterkarierte allerdings Le Pens Bemühungen, als geläutert zu erscheinen und so neue Wählergruppen in der Mitte zu erschließen. Das ist der tiefere Grund für Le Pens und Salvinis Bruch mit den deutschen Rechtsextremen.

Jetzt aber, bei den Europawahlen, hat Le Pen einen großen Erfolg errungen: Ihre Partei ist eindeutiger Wahlsieger in Frankreich und hat Macrons Partei eine Niederlage eingebrockt, die nun Neuwahlen zur Folge hat – erster Wahltag bereits am 30. Juni!

Um die Schlagkraft der Rechtspopulisten zu stärken, hat Marine Le Pen Italiens Giorgia Meloni das Angebot unterbreitet, eine gemeinsame Fraktion zu bilden. Damit könnte sie ihre Strategie der „Normalisierung“ fortsetzen.

Inhaltlich scheint eine solche Strategie nicht ausgeschlossen zu sein, schließlich ist die Haupttrennlinie zwischen der EKR und der ID in den vergangenen Jahren weitgehend eingeebnet worden. Nach dem Angriff Rußlands auf die Ukraine war die Freundschaft zu Putin politisch keine erfolgversprechende Strategie für Rechtspopulisten mehr – außer in Deutschland und Österreich.

### **„Links“ war gestern**

Die Frage, Moskau oder Washington, muß ID und EKR also nicht mehr trennen. Ob es aber tatsächlich zu einer großen, vereinten Fraktion der Rechten kommt, das hängt von anderen Faktoren ab und scheint derzeit, auch nach den Wahlen vom Sonntag, nicht sehr realistisch zu sein.

**„Populismus“ zieht sich als neues Phänomen durch Europa**, ist also nicht mehr nur ein Phänomen der rechten Seite, sondern wird auch auf der linken Seite stärker. Wenn sich bestätigt – das endgültige Wahlergebnis steht noch aus –, daß Grüne und Liberalen in hohem Maße Sitze verlieren und diese sich im rechten politischen Spektrum wiederfinden, dann

bedeutet das, daß die „progressive Mehrheit“ im Parlament nicht mehr existiert. **„Links“ hat keine Konjunktur mehr.**

**Europa ist mit dieser Wahl nach rechts gerückt.**

Die rechten Fraktionen und ihre Abgeordneten werden im neuen EU-Parlament stärkeren Einfluß bekommen. Das wird Kompromisse in ohnehin angespannten Zeiten erschweren. Doch immer noch gibt die große Mehrheit der Bürger hierzulande gemäßigten Parteien ihre Stimme. Das ist ein starkes Zeichen, das sich gar nicht laut genug betonen läßt. Die deutsche Demokratie ist stark und lebendig.